

Die Vorsitzende begrüßte den stellvertretenden Leiter der Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung in NRW (FSA), Herrn Stelmaszyk, der auf Einladung des Ausschusses zur Sitzung gekommen war, um die Arbeit der Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung vorzustellen.

Unter Verweis auf die Informationen aus der Verwaltungsvorlage informierte KD´in Heinze den Ausschuss einleitend über die seit dem Haushaltsbeschluss von der Verwaltung unternommenen Schritte auf dem Weg zu einer strategischen Sozialplanung im Rhein-Sieg-Kreis. Am 09.06.17 habe es ein Treffen des Landrates und weiterer Verwaltungsvertreterinnen und -vertreter mit den Geschäftsführungen der Wohlfahrtsverbände gegeben. Hierbei habe die Verwaltung entsprechend der Sitzungsvorlage den geplanten Umgang mit dem Thema „strategische Sozialplanung“ vorgestellt, was von den Wohlfahrtsverbänden sehr positiv aufgenommen worden sei. Die Wohlfahrtsverbände hätten ihre Unterstützung bei einer strategischen Sozialplanung signalisiert. Weiterhin sei das Thema am 14.06.17 in einer gemeinsamen Sitzung mit den Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten der Städte und Gemeinden erörtert worden. Dort seien vor allem die Zeitablaufplanung, der Ressourceneinsatz und die notwendige Einbindung der Kommunen thematisiert worden, aber auch, welchen Weg andere Kreise zum Umgang mit dem Thema gegangen seien und gehen würden. Zu diesem Zweck sei der Sozialdezernent des Rheinisch-Bergischen Kreises, Herr Fischer, zur Sitzung eingeladen worden. Dieser habe berichtet über die Herangehensweise im Rheinisch-Bergischen Kreis, wie der Aufbau bisher in die Praxis umgesetzt worden sei und welche weiteren Schritte für die Zukunft geplant seien. KD´in Heinze berichtete weiter, dass im Rahmen der sich anschließenden Diskussion deutlich geworden sei, dass die Kommunen zwar grundsätzlich an einer strategischen Sozialplanung Interesse hätten, aber auch eine gewisse Skepsis vorhanden wäre, insbesondere hinsichtlich des notwendigen Ressourceneinsatzes und des Nutzens für die eigene Kommune. Es zeichne sich daher ab, dass diesbezüglich noch einige Überzeugungsarbeit in den Kommunen geleistet werden müsse. KD´in Heinze betonte, sie sei davon überzeugt, dass die Umsetzung dieses Projektes eine große Chance für den Rhein-Sieg-Kreis darstelle und dieser von der Umsetzung stark partizipieren werde. Sie hob hervor, dass Aufbau und Realisierung einer strategischen Sozialplanung nur gelingen könnten, wenn die notwendigen Zeit- und Personalressourcen zur Verfügung stünden.

Unter Verwendung der beigefügten Power-Point-Präsentation gab Herr Stelmaszyk einen Überblick über die Aufgaben und das Beratungsangebot der Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung. Dabei wies er für weitergehende Informationen auf elf themenbezogene Publikationen der FSA hin, die über die Website der Fachstelle abgerufen werden könnten (<https://www.nrw-projektsoziales.de/publikationen/downloads>).

**Anmerkung: Die Power-Point-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt und kann darüber hinaus auf der Internetseite des Rhein-Sieg-Kreises im Kreistagsinformationssystem aufgerufen werden.**

Im Anschluss an den Vortrag wurde den Mitgliedern des Ausschusses die Möglichkeit eröffnet, Fragen an den Referenten zu richten.

Abg. Deussen-Dopstadt erkundigte sich, ob die FSA bereits genügend Erfahrungen gesammelt habe, um erste Evaluations- und Auswertungsmaßnahmen durchführen zu können. Die hier gewonnenen Erkenntnisse seien gut geeignet, sie als Grundlage für die Überzeugungsarbeit bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu nutzen. Es sei nämlich zu erwarten, dass die wichtigste zu klärende Frage sein werde, ob sich ein solches Projekt letztlich für die Kommune rechne. Abg. Deussen-Dopstadt gab zudem zu bedenken, dass es im Rhein-Sieg-Kreis einige

Kommunen geben werde, die kleinere Sozialräume aufwiesen als die im Vortrag empfohlene Größe von 8.000 Einwohnern. Daneben stellte sie die Frage, ob die FSA den anfragenden Kommunen grundsätzlich eher eine längere Planungs- und Umsetzungsphase empfehle oder, ob auch kürzere Zeiträume für die Erstellung einer Sozialraumberichterstattung umsetzbar wären.

Zur ersten Frage der Abgeordneten bemerkte Herr Stelmaszyk, um diese konkret beantworten zu können, müsse die Präventionsrendite des Projektes ermittelt werden, was allgemein sehr schwierig sei. Zentrale Aufgabe der FSA sei nicht, durch ihre Beratungstätigkeit zur Mitteleinsparung und damit zur Entlastung der Sozialhaushalte beizutragen, sondern ihre Arbeit so auszurichten, dass die vorhandenen Mittel des Sozialhaushaltes wesentlich effizienter und zielgerichteter eingesetzt werden könnten. Zu diesem Zweck würden den anfragenden Verwaltungen vorrangig Methodik und Systematik vermittelt. Die FSA würde weder Maßnahmen realisieren noch Handlungskonzepte erstellen, noch im Anschluss evaluieren.

Herr Stelmaszyk bestätigte, dass es grundsätzlich zwar zu begrüßen sei, kleinere Sozialräume zu bilden. Er gab jedoch zu bedenken, dass je kleiner der Sozialraum gewählt sei, es desto eher Probleme mit datenschutzrechtlichen Bestimmungen gebe, weil es dann möglich sei, einzelne Personen zu identifizieren. Bei der vorgenannten Sozialraumgröße von 8.000 Einwohnern handele es sich nur um eine Empfehlung der FSA. Solange der Datenschutz gewährleistet bleibe, könnten auch kleinere Sozialräume dargestellt werden, wenn dies gewünscht sei.

Die Antwort auf die Frage nach der Dauer der Planungs- und Umsetzungsphase hänge stark von den Voraussetzungen im Rhein-Sieg-Kreis ab. Entscheidend seien z.B., ob im Rhein-Sieg-Kreis eine abgeschottete Statistikstelle eingerichtet sei, ob auf genügend Personalressourcen und Know-how aus dem Sozialbereich zurückgegriffen werde könne, wie sich die Städte und Gemeinden zu dem Vorhaben stellten u.dgl. Die FSA plädiere jedenfalls für eine sorgfältige Ausarbeitung von Leitzielen, die auch SMART (spezifisch, messbar, aktionsorientiert, realistisch und terminiert) seien. Hierfür werde erfahrungsgemäß ein längerer Zeitraum benötigt.

Abg. Eichner bat um Erläuterung, wie die FSA den Prozess der strategischen Sozialplanung des Rhein-Sieg-Kreises konkret unterstützen würde, ob die FSA als Stelle auf Dauer oder zeitlich begrenzt eingerichtet worden sei und ob es bereits Erkenntnisse darüber gebe, wie die Landesförderung in Zukunft ausgestaltet sei.

Herr Stelmaszyk stellte klar, dass die Arbeit bzw. der Auftrag der FSA nicht so konzipiert sei, dass von dort eine Person dauerhaft entsandt würde, die vor Ort drei oder vier Monate lang an dem Projekt mitarbeite. Voraussetzung sei vielmehr, dass die anfragende Verwaltung bereits Personal mit dem notwendigen Know-how im Sozialbereich mitbringe. Vor allem am Anfang des Projektes, zu dem viele Prozesse begleitet werden müssten, konzentriere sich die Arbeit der FSA auf ihre Beratungstätigkeit.

Die FSA sei für die nächsten zwei Jahre voll finanziert, damit sei ihr Bestand mindestens für diesen Zeitraum sichergestellt. Ob die FSA über diesen Zeitraum hinaus noch Bestand haben werde, stehe noch nicht fest.

Momentan sei wegen der politischen Veränderungen in der Landesregierung auch unklar, ob die geplante Förderung des Projektes „NRW hält zusammen“ weitergeführt werde.

Auf die Frage des Abg. große Deters, welche Projekte unter Berücksichtigung des ländlichen Raumes im Rhein-Sieg-Kreis überhaupt den Fördermöglichkeiten des Landes unterfielen, erläuterte Herr Stelmaszyk, dies sei wiederum von dem Verhältnis von Stadt/Kreis zu den ausgewiesenen Sozialräumen abhängig. Nach der momentanen Förderlogik sei es nur möglich, dass jede Stadt/Gemeinde einen eigenen Förderantrag für ihre/n Sozialraum/Sozialräume stelle.

Abg. Hurnik gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich nach dem nun erfolgten Startschuss für die strategische Sozialplanung trotz der zu erwartenden Widerstände und Probleme langfristig ein positiver Effekt für den Rhein-Sieg-Kreis einstelle. Er wies darauf hin, dass zur Umsetzung des Projektes zügig eine zusätzliche Stelle für eine/n Sozialplaner/in eingerichtet werden müsse. Der/die künftige Sozialplaner/in brauche nach seiner Einschätzung nicht zwingend ein abgeschlossenes Studium der Sozialwissenschaften mitzubringen; es reichten seiner Ansicht nach auch gute Kenntnisse über allgemeine, strategische Planung sowie inhaltliche Kenntnisse über den Bereich „Soziales“.

Abg. Hurnik bat darum, das Thema als dauerhaften Bestandteil der nächsten Ausschusssitzungen auf die Tagesordnungen zu nehmen, um dem Ausschuss die Möglichkeit zu geben, den gesamten Prozess beständig zu begleiten und dessen Fortschritt voranzutreiben.

Abg. Hurnik äußerte die Erwartung, dass die Verwaltung konkrete Maßnahmenvorschläge für einzelne Quartiere des Rhein-Sieg-Kreises und zudem ein Konzept zur regelmäßigen Überprüfung dieser Maßnahmen vorstelle.

Die Vorsitzende stellte fest, es bestehe Einvernehmen, einen dauerhaften Tagesordnungspunkt zur strategischen Sozialplanung einzurichten, zu dem die Verwaltung über den jeweiligen Fortschritt des Projektes berichten solle.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich Abg. Westig, SkB Droste, Abg. Josten-Schneider und die Vorsitzende. Herr Stelmaszyk ging erläuternd auf die Fragen der Ausschussmitglieder ein und machte dabei noch einmal deutlich, dass er keine fertigen Konzepte zur strategischen Sozialplanung mitbringe, da sowohl Strukturen und Sozialräume jeder Kommune als auch deren primäre Zielausrichtungen viel zu unterschiedlich seien. Aus Sicht der FSA ist es immer erforderlich, sich auf die eigenen Ziele und Sozialräume zu konzentrieren und ein eigenes Konzept aufzustellen. Die FSA könne hierbei mit ihren Erfahrungswerten unterstützen.

Die Vorsitzende dankte Herrn Stelmaszyk für seinen ausführlichen Vortrag und die Beantwortung der vielfältigen Fragen der Ausschussmitglieder und wies abschließend auf die der Verwaltungsvorlage beigefügte Zeitablaufplanung „Schritte auf dem Weg zu einer strategischen Sozialplanung für den Rhein-Sieg-Kreis“ hin. Sie äußerte dabei den Wunsch, die Arbeitsgruppe „Sozialplanung“ möge ihre Arbeit so schnell wie möglich aufnehmen.